



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Bauausschuss

Es informiert Sie:	Alina Frauenrath
Telefon:	02104/99-2703
Fax:	02104/ 99-5702
E-Mail:	alina.frauenrath@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 26.06.2018

Niederschrift

zur Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin Montag, den 18.06.2018, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Detlef Ehlert

Mitglieder

Ernst Buddenberg

Monika Dinkelmann

Dieter Donner

Matthias Gohr

Bernd Ingensandt

Marc Kammann

Rolf Kramer

Norbert Lang

Jörn Leunert

Gerd Lohmann

Waldemar Madeia

Jürgen Merrath

Maximilian Rech

Günter Schmickler

Hans-Dieter Schneider

Paul Söhnchen

Peter Werner

Verwaltung

Lazaros Amperidis

Lothar Breitsprecher

Alina Frauenrath

Ulrike Haase

Brigitte Heinz
Daniela Hitzemann
Oliver Höpfner
Nico Leonhardt
Kirsten Müller
Christin Peters
Florian Reeh
Martina Vomfell
Jürgen Wördemann

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.05.2018
3. Informationen der Verwaltung
4. Bericht zur Wohnraumförderung 20/004/2018/1
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2017 (Nr. 3) -
5. Vorstellung der Umbaumaßnahmen der Knotenpunkte auf der K 37 und Beschluss der Varianten 23/003/2018/2
6. Vorstellung der geplanten Baumaßnahme Umgestaltung des Hintereingangs des Verwaltungsgebäudes 1 in Verbindung mit dem Umbau der Zulassungsstelle des Straßenverkehrsamtes 23/014/2018
7. Nachträge
 - 7.1. Kompensationsmaßnahmen K18n: hier Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.05.2018 23/019/2018
 - 7.2. Fassaden- und Dachbegrünung an kreiseigenen Liegenschaften
Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 24.05.2018 23/020/2018

Nicht öffentlicher Teil

8. Informationen der Verwaltung
9. Sachstand Masterplan Neandertal – Mündlicher Bericht der Verwaltung
10. Vergabe der Bauleistung Erneuerung von Aufzügen in der Liegenschaft Kasernenstraße 23/015/2018
11. Vergaben von Rahmenverträgen
- 11.1. Vergabe des Rahmenvertrags für das Gewerk Maler- und Lackierarbeiten 2018-2020 mit anschließender Verlängerungsoption 23/012/2018
- 11.2. Vergabe des Rahmenvertrags für das Gewerk Trockenbauarbeiten 2018-2020 mit anschließender Verlängerungsoption 23/016/2018
- 11.3. Vergabe des Rahmenvertrags für die Gewerkekombination Maurer, Beton- und Putzarbeiten 2018-2020 mit anschließender Verlängerungsoption 23/017/2018
12. Vergabe im Rahmen eines Großprojekts
Hier: Berufskolleg Hilden - Schaffung eines neuen Haupteingangs im Bereich der Pausenhalle: Freianlagen 23/013/2018
13. Vergabe von Einzelgewerken ab 50.000 € bis 200.000 € netto für den Zeitraum vom 16.01. bis 31.05.2018 23/018/2018
14. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die Verwaltung, die anwesenden Gäste und die Presse.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit des Ausschusses fest. Herr Gohr nimmt für Herrn Welp an der Sitzung teil. An Stelle von Herrn Giebels ist Herr Kramer anwesend. Außerdem nimmt Herr Kammann für Herrn Vielhaus und Herr Söhnchen für Herrn Niklaus an der Sitzung teil. Herr Sülz fehlt ohne Vertretung.

Damit wird die Beschlussfähigkeit des Ausschusses festgestellt.

Herr Lohmann wird per Verpflichtungserklärung und durch Handschlag von Herrn Ehler zum sachkundigen Bürger verpflichtet.

Zur Tagesordnung merkt Herr Madeia an, dass eine Vielzahl von Vorlagen nicht rechtzeitig vorlag, um noch eine Beratung innerhalb der Fraktionen durchzuführen. Er bittet dies zukünftig zu beachten.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, sodass diese einstimmig beschlossen wird.

Eine Benennung von Berichterstattern für den Kreistag ist für den Tagesordnungspunkt 6 erforderlich. Die Berichterstattung übernimmt Herr Rech von der SPD-Fraktion.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.05.2018

Herr Leunert zeigt auf, dass das Abstimmungsergebnis zu Tagesordnungspunkt 4 „K5 - Verkehrskonzept Südstadt Haan“ (Vorlage Nr. 23/011/2018) falsch dargestellt ist.

Zu Punkt 1 und 2 enthielten sich nicht ein sondern zwei Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Weitere Änderungswünsche bestehen nicht, so dass die Niederschrift ansonsten genehmigt wird.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung
--

Frau Haase informiert den Ausschuss über eine zusätzliche gemeinsame Sitzung des Bau- und Kreisausschusses am 09.07.2018 um 15:30 Uhr. In der Sitzung soll die Vergabe der Bauleistungen des Projektes Masterplan Neandertal beschlossen werden.

Außerdem kündigt Frau Haase eine Präsentation zur Vorstellung des Sanierungsbedarfs an Kreisstraßen für die Sitzung des Bauausschusses im 3. Quartal an. Die Präsentation soll die Vorgehensweise und Priorisierung darstellen.

Zu einer im Ausschuss für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz gestellten Anfrage bezüglich Blühstreifen an kreiseigenen Liegenschaften und Straßen berichtet Herr Reeh, dass alle kreiseigenen Liegenschaften hinsichtlich der Möglichkeit der Anlegung von Blühstreifen überprüft wurden.

Die Abstimmung an den Schulen erfolgte unter Einbindung des Amtes für Schule und Bildung. An Förderschulen können aus pädagogischen Gründen keine Blühstreifen angelegt werden. Am Berufskolleg Hilden und Niederberg sind geeignete Flächen vorhanden. Da die Zustimmung aller Beteiligten bereits vorliegt, läuft derzeit die Abstimmung über die Ausgestaltung. Die Umsetzung soll noch im Jahr 2018 beginnen.

Im Bereich der Kreisstraßen und Naherholungseinrichtungen sollen an geeigneten Naherholungsflächen (z.B. Spielplatz Stindertal) Blühstreifen angelegt werden. An den Kreisstraßen wird derzeit auf eine intensive Pflege – unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit - verzichtet. Die Mitarbeiter des Kreisbauhofs werden bezüglich der kalendarischen Zeitpunkte für die Ausführung von Unterhaltungsmaßnahmen, des Einsatzes von Geräten und weiterer Gesichtspunkte durch die biologische Station geschult und beraten.

Eine Übersicht über die fertiggestellten Projekte des Amtes 23 in dem Zeitraum 16.01.-30.05.2018 wurde von der Verwaltung vorab mit den Sitzungsunterlagen übersandt. Hierzu ergeben sich keine Rückfragen.

Zu Punkt 4: Bericht zur Wohnraumförderung - Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2017 (Nr. 3) - - Vorlage Nr. 20/004/2018/1
--

In der Sitzung vom 26.02.2018 wurde die Verwaltung beauftragt, dem Bauausschuss bezüglich der begleitenden Einführung und Auslobung eines jährlichen Wettbewerbs zu Best-

Practice-Beispielen (Punkt 3) eine Liste mit den in den vergangenen zwei Jahren bewilligten Projekten der Wohnraumförderung aus dem Kreis Mettmann vorzulegen.

Herr Rech nimmt Bezug auf den seinerzeitigen Antrag der SPD-Fraktion und zeigt auf, dass die Punkte 1 und 2 bereits erfüllt werden. Punkt 3 (Begleitende Einführung und Auslobung eines jährlichen Wettbewerbs zu Best-Practice-Beispielen) soll nach Stellungnahme der Verwaltung nicht umgesetzt werden, was die SPD-Fraktion sehr bedauert. Er erläutert noch einmal die Hintergründe für den Antrag und dass die SPD-Fraktion hier eine soziale Verantwortung sieht.

Herr Madeia unterstützt die Auffassung des Kreises, dass weiterhin Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden sollte. Die Zuständigkeit für den sozialen Wohnungsbau obliegt jedoch den kreisangehörigen Städten, so dass er ein weiteres Handeln des Bauausschusses und der Verwaltung als nicht erforderlich ansieht.

Herr Breitsprecher berichtet, dass die Verwaltung die Bereitschaft des Ausschusses den sozialen Wohnungsbau zu fördern, wahrgenommen hat. Die Zuständigkeit obliegt jedoch den Städten. Er berichtet, dass mögliche Optionen ebenfalls im Rahmen der Sozialdezernentenkonferenz thematisiert wurden.

Herr Rech betont, dass eine umfassendere Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden sollte. Das Thema soll mehr in den Fokus der kreisangehörigen Städte gelangen. Er schlägt daher vor, Punkt 3 des Beschlussvorschlages dahingehend zu überarbeiten.

Herr Madeia stimmt den Ausführungen grundsätzlich zu, zeigt jedoch auf, dass die notwendige Substanz nicht vorhanden ist, um die Öffentlichkeit zu erreichen.

Herr Ehlert lässt zunächst über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

3. Begleitend zum Berichtswesen beantragt die SPD-Fraktion einen jährlich wiederkehrenden Wettbewerb zu „Best-Practice-Beispielen“ im öffentlich geförderten Wohnungsbau bzw. auch im Bereich preisgedämmten Mietwohnungsbau im Kreisgebiet auszuloben. Form und Inhalt der Auslobung sind im Fachausschuss zu beraten. Zur Finanzierung der damit einhergehenden Aufwendung sind im Haushalt 2018 ff je 15.000 € zu etatisieren.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 bei 5 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
 bei 2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.
 bei 7 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion
 bei 1 Nein-Stimme der FDP-Fraktion**

Der Vorsitzende erweitert den Beschlussvorschlag wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, auch künftig aktive Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus zu betreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 5:	Vorstellung der Umbaumaßnahmen der Knotenpunkte auf der K 37 und Beschluss der Varianten - Vorlage Nr. 23/003/2018/2
--------------------	---

Frau Haase berichtet, dass der Ausschuss für Planung, Verkehr und Umwelt der Stadtverwaltung Mettmann in seiner Sitzung am 16.05.2018 ein zustimmendes Votum für die Variante 5 abgegeben hat. Sie weist auch nochmal auf den in der Vorlage dargestellten Zusammenhang zum Förderantrag hin.

Herr Madeia erläutert noch einmal, dass zum Zeitpunkt der letzten Sitzung des Bauausschusses das Votum der Stadt Mettmann fehlte und die Beschlussfassung daher verschoben wurde.

Herr Ingensandt erfragt, ob am Knotenpunkt Flurstraße / Beethovenstraße / Gruitener Weg bezüglich der benachbarten Grundschule und Kindertagesstätte Querungshilfen für Fußgänger vorgesehen sind.

Herr Reeh und Frau Haase antworten, dass durch Auswahl der Variante Kreisverkehr ohne Bypass eine sichere Querung der Fußgänger gewährleistet ist. Außerdem wird durch eine angepasste Ampelschaltung im Verlauf der Beethovenstraße zusätzliche Sicherheit für Schulkinder geschaffen.

Beschluss:

Nach abgeschlossener Vorplanung (Leistungsphase 2 gemäß HOAI) wird für den weiteren Planungsprozess und die bauliche Umsetzung des Knotenpunktes „Elberfelder Straße / Bergstraße“ die Variante 5 – lichtsignalanlagengeregelter Knotenpunkt mit Radverkehrsführung - beschlossen.

Die Verwaltung wird mit der Umsetzung beauftragt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6:	Vorstellung der geplanten Baumaßnahme Umgestaltung des Hintereingangs des Verwaltungsgebäudes 1 in Verbindung mit dem Umbau der Zulassungsstelle des Straßenverkehrsamtes - Vorlage Nr. 23/014/2018
--------------------	--

Frau Haase erläutert, dass die Planung für den Umbau des hinteren Eingangs des Verwaltungsgebäudes 1 aus dem Jahr 2011 stammt und seinerzeit auch bereits in der Interfraktionellen Runde vorgestellt wurde. Aus diversen Gründen wurde die Umbaumaßnahme zeitlich verschoben.

Die Leiterin des Straßenverkehrsamtes, Frau Heinz, ist nun mit der Bitte, den Bereich der Zulassungsstelle umzubauen und zu optimieren, an das Amt für Hoch- und Tiefbau herangetreten. Bei einem Umbau der Zulassungsstelle sollte der Umbau des hinteren Eingangs sinnvollerweise parallel erfolgen, um Synergien zu nutzen. Die Verwaltung beabsichtigt daher, die damalige Planung durch einen Architekten prüfen und aktualisieren zu lassen.

Frau Haase betont, dass darüber hinausgehende Planungen für die bauliche Weiterentwicklung des Gebäudes, welche zukünftig angedacht bzw. umgesetzt werden sollen, unabhängig davon realisiert werden können.

Frau Heinz erläutert dem Ausschuss die Hintergründe für den Bedarf am Umbau der Zulassungsstelle auch vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung und zeigt dabei die aktuellen Gegebenheiten auf.

Die Mitglieder des Ausschusses sind sich einig, dass der Umbau der Zulassungsstelle und des hinteren Eingangs notwendig und sinnvoll ist.

Auf Nachfrage von Herrn Ingensandt antworten Frau Haase und Herr Reeh, dass bei einem eventuellen Einbau einer Glasfront kein Einfachglas verwendet wird und es für die angesprochenen Besonderheiten einer Glasfront (Kälte- und Wärmeschutz, Glasreinigung) technische Lösungen gibt, die bereits bei der Planung berücksichtigt werden würden.

Frau Haase und Herr Reeh zeigen auf Nachfrage auf, dass alle Neuerungen an Gebäuden des Kreises unter Berücksichtigung von Barrierefreiheit umgesetzt werden. Im Falle des Umbaus des hinteren Eingangs war dies sogar der Auslöser für die Planung.

Herr Merrath erfragt, wie die Möglichkeiten der Online-Ab- bzw. Anmeldung von Kraftfahrzeugen angenommen werden. Nach seinem Kenntnisstand sollen die Möglichkeiten im Rahmen der Digitalisierung noch in diesem Jahr weiter ausgebaut werden.

Frau Heinz antwortet, dass die Online-Ab- und Anmeldungen eher mäßig genutzt werden. Sie schätzt die bisher online durchgeführten Fälle auf ca. 60 Stück. Die Zulassungsstelle hat jährlich 60.000 Besucher und die Führerscheinstelle 20.000 Besucher. Daher muss weiterhin eine Zulassungsstelle vorgehalten werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2019 mit den Planungen für die Umgestaltung des Hintereingangs des Verwaltungsgebäudes 1 und den Umbau der Zulassungsstelle des Straßenverkehrsamtes zu beginnen und im Anschluss die Umsetzung zu realisieren.

Die entsprechenden Mittel werden im Haushaltsplan 2019 und der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7: Nachträge

Es liegen keine Nachträge vor.

Zu Punkt 7.1: Kompensationsmaßnahmen K18n: hier Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29.05.2018 - Vorlage Nr. 23/019/2018
--

Die Stellungnahme der Verwaltung auf die Anfrage ist den Mitgliedern des Ausschusses vorab per Email zugegangen. Außerdem liegt sie zusätzlich als Tischvorlage aus.

Herr Madeia und Herr Rech erfragen den Hintergrund der Anfrage und zeigen ihre Verwunderung bezüglich des Umfangs und der Formulierung der Anfrage. Ihrer Meinung nach ist der Arbeitsaufwand bezüglich der Beantwortung zu hoch.

Herr Ehlert weist darauf hin, dass es sich um eine Anfrage handelt und die Geschäftsordnung des Kreistages eine Aussprache über Anfragen nicht vorsieht.

Herr Leunert verteidigt die Anfrage und verweist auf die der Anfrage angefügten Bilder, welche aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN belegen, dass hier Missstände bestehen. Er räumt ein, dass zukünftige Abstimmungen direkt mit der Verwaltung erfolgen.

Frau Haase bestätigt, dass mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein klärendes Gespräch bezüglich der Anfrage geführt wurde.

Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

<p>Zu Punkt 7.2: Fassaden- und Dachbegrünung an kreiseigenen Liegenschaften Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 24.05.2018 - Vorlage Nr. 23/020/2018</p>
--

Herr Rech berichtet, dass die Thematik bereits im Ausschusses für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz behandelt wurde. Seiner Ansicht nach handelt sich bei dem Antragsbegehren um eine Thematik, die von der Verwaltung bei baulichen Vorhaben stets berücksichtigt wird.

Herr Madeia schließt sich den Ausführungen an.

Frau Haase bestätigt dies und zeigt unter Nennung der Beispiele des Neubaus des Verwaltungsgebäude II und der Errichtung der Mensa am Berufskolleg Neandertal auf, dass die Fassaden- und Dachbegrünung umgesetzt wird, sofern möglich und sinnvoll. Die genannten Gebäude verfügen über eine Dachbegrünung.

Herr Merrath erfragt, welcher der Ausschüsse der federführende Ausschuss ist. Des Weiteren erfragt er, ob über den Antrag abgestimmt wird.

Herr Ehlert antwortet, dass der Bauausschuss der federführende Ausschuss ist, da der Antrag vom Ausschuss für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz am 07.06.2018 einstimmig an den Bauausschuss verwiesen wurde. Im Anschluss an die Diskussion wird die Abstimmung über den Antrag erfolgen.

Herr Leunert kündigt seine Zustimmung zum Antrag an.

Herr Madeia hält den Aufwand einer Überprüfung aller kreiseigenen Liegenschaften für unverhältnismäßig, da insbesondere bei Dachbegrünungen auch die Statik etc. zu prüfen ist.

Herr Ingensandt zeigt auf, dass der Antrag nicht nur auf Dachbegrünung zielt. Eine mögliche Fassadenbegrünung ist ebenfalls zu überprüfen.

Frau Haase entgegnet, dass die Möglichkeit von Dach- und Fassadenbegrünungen grundsätzlich bei neuen Bauvorhaben an den kreiseigenen Liegenschaften geprüft wird.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt der Vorsitzende über den Inhalt des Antrags abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung möge prüfen, welche kreiseigenen Gebäude sich für eine Fassaden und/oder Dachbegrünung (Flachdächer/Dächer mit geringer Neigung) eignen und stellt im Bauausschuss am 22.11.2018 dar, wie und mit welchen Mitteln sich eine Begrünung umsetzen ließe.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
bei 1 Ja-Stimme der Fraktion DIE LINKE.
bei 2 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
bei 7 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion
bei 5 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
bei 1 Nein-Stimme der FDP-Fraktion

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:13 Uhr

gez.
Detlef Ehlert

gez.
Alina Frauenrath